

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – Bayern
An den
Bayerischen Staatsminister für Unterricht
und Kultus, Wissenschaft und Kunst
Herrn Dr. Ludwig Spaenle
Salvatorstraße 2
80333 München

Prof. Dr. habil. Armin Scherb
Universität Erlangen-Nürnberg
Didaktik der Sozialkunde
Regensburger Str.160 90478 Nürnberg
Tel (d): 0911- 5302 569
0911 – 5302 594 (Sokr.)
Tel.(p): 09822 - 5997
E-mail: a.scherb@gmx.de oder
armin.scherb@fau.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum 10.05.2017

DVPB – Landesvorsitzender Bayern

Neunjähriges Gymnasium – Stärkung des Leitfachs der politischen Bildung

Sehr geehrter Herr Minister,

angesichts der bevorstehenden Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums wende ich mich heute namens und im Auftrag des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) mit einer dringenden Bitte an Sie persönlich

Die zahlreichen Argumentationen zur Begründung der Forderung, den Status der Politischen Bildung an den bayerischen Schulen zu verbessern sind Ihnen bekannt. Ich beschränke mich deshalb auf die Benennung von drei Beispielen, die sichtbar machen, dass *speziell* das **Fach Sozialkunde als Leitfach der politischen Bildung** zu stärken ist:

- **Beispiel 1:** Es bedarf nach unserer Auffassung der qualifizierten Lehrperson, die **speziell im FACH-Unterricht** Schülerinnen und Schülern (zum Beispiel) erklären kann, dass ihre Beobachtung von relativ leeren Rängen bei Plenumsitzungen nicht durch zu „faule“ Abgeordnete verursacht ist, sondern dass dies mit der Funktionslogik des parlamentarischen Systems zusammenhängt.
- **Beispiel 2:** Die Dringlichkeit der Forderung, gerade den **FACH-Unterricht** zu stärken ergibt sich aus der zunehmenden Komplexität der politischen und sozialen Umwelt. Bei dem derzeitigen Status des Faches ist es außerordentlich schwer, (zum Beispiel) die Komplexität der europäischen Mehrebenensystems zu vermitteln.
- **Beispiel 3:** Der Zunahme von Populismus auch auf Grund eines undurchsichtigen Verhältnissen von Wahrheit und Fake und einer Zunahme maschinell über soziale Netzwerke erzeugter und verbreiteter Meinungen kann nicht mehr mit dem Hinweis darauf begegnet werden, dass politische Bildung und Medienerziehung als Unterrichtsprinzip aller Fächer verstanden werden muss. Hier bedarf es einer *spezifisch politischen Medienkompetenz*, die im **FACH-Unterricht** zu entwickeln und zu fördern ist.

In den genannten Fällen – viele Weitere wären zu nennen – bedarf es eines spezialisierten **FACH**-Unterrichts, der der veränderten Komplexität der politischen Umwelt Rechnung trägt.

Wenn empirische Untersuchungen zeigen, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Qualität der Bildung und der Immunität gegenüber extremistischen Haltungen gibt, dann ergibt sich daraus die Forderung, genügend Schulzeit zur Verfügung zu stellen, um ein Bewusstsein des Werts einer demokratischen politischen Ordnung in den Köpfen und „Herzen“ (Vgl. Art. 131 Abs. 1 und 3 der Bayerischen Verfassung) der Heranwachsenden zu fördern.

Deshalb bitten wir dringend darum, den Reformspielraum für folgende Verbesserungen des **FACHES** Sozialkunde am Gymnasium zu nutzen:

1. Sozialkunde ist in den Jahrgangsstufen 10 bis 13 Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler und zumindest in den Jahrgangsstufen 10 und 11 zweistündig.
2. In allen Ausbildungsrichtungen kann Sozialkunde von Schülerinnen und Schülern, die eine entsprechende individuelle Profilbildung/Schwerpunktsetzung vornehmen, als eigenständiges Abiturfach gewählt werden.
3. Die inhaltliche Verknüpfung von Sozialkunde mit dem Fach Geschichte bleibt erhalten und wird weiterentwickelt. Die Verknüpfung mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Geo, WR, Rel./Eth) wird ebenfalls im Sinne einer Fächer übergreifenden Zusammenarbeit ausgebaut.
4. Die veraltete Bezeichnung des Faches wird ersetzt durch die Bezeichnung „Politik und Gesellschaft“.

In der Hoffnung, dass der Reformspielraum für eine substanzielle Verbesserung für das Leitfach der politischen Bildung genutzt wird verbleibe ich

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nachrichtlich per Mail an:

- Mdgt Walter Gremm
- MR Peter Kammler
- Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultus

